Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 12-1

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

VERHÄRTUNGEN

Ein Gespräch jüngst zwischen Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik hat in geradezu aufwühlender Art die tiefsitzenden Befürchtungen zutage gebracht, die sich aus unterschiedlichen Horizonten, Rhythmen und Tempi ergeben. Und zwar sassen sich nicht etwa Angehörige verschiedener «Stände», gar mit gegensätzlichen Grundauffassungen, gegenüber. Die meisten Politiker sind ja ebenfalls wirtschaftlich tätig, vielfältig verflochten, an der Belebung der Konjunktur nach Jahren der Stagnation interessiert. Der oft beschworene Dialog zwischen Politik und Wirtschaft, um den es angeblich so schlecht bestellt ist, findet mannigfache Gelegenheiten. Man sieht sich oft, kommt sich aber nicht näher oder versteht sich nicht.

Das Stichwort Globalisierung ist gewissermassen das Schlüsselwort für die Kommunikationsbarrieren, die wir erleben. Sie trennen beileibe nicht die Politik auf der einen und die Wirtschaft auf der anderen Seite. Sie laufen quer durch die Wirtschaft selbst. Wenn Grenzen sich öffnen, hat die Schweiz keine Wahl; sie lebt eh und je vom internationalen Austausch, und zwar komfortabel. Dass traditionelle abgeschottete Bereiche nun ebenfalls erfasst werden, ist der Preis und erfordert zeitgerechte Anpassungen. Und weil hier ebenso traditionellerweise der Staat die Hände kräftig im Spiel hat, muss die Politik mithalten. Das ist mit ihren umständlicheren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen nicht einfach. Aber es ist möglich, wie im Telekommunikationsbereich vordemonstriert wurde. Die Energiewirtschaft wird folgen; die Landwirtschaft, wenn auch mit grösster Mühe und wahrscheinlich einigen Verwerfungen, irgendwann auch.

Betrachtet man allein diese Bewegungen über einen längeren Zeitraum, wäre die Bilanz ganz beachtlich. Es gibt eine wettbewerbsfähige Wirtschaft in der Schweiz. Und die Aussenwirtschaftspolitik ist aktiver, als mancher denkt, der nur das innenpolitisch konditionierte Trauerspiel der bilateralen Verhandlungen vor Augen hat. Aber es gibt auf der anderen Seite ein zu gross gewordenes binnenwirtschaftliches Gehäuse, in dessen Gebälk es vernehmlich kracht und dessen Gemäuer zum Teil einstürzt. Die Politik greift zu Schutzmassnahmen, die oft nur verzögern statt retten. Das Gespenst Arbeitslosigkeit bringt wirtschafts- und sozialpolitische Strategien durcheinander.

Krisenszenarien, sollte man meinen, gehören zum politischen Geschäft. Die Geschichtsbücher künden, ständig wiederkehrend, von Kriegselend, Hungersnöten, Unrecht und Chaos. Wir haben vielleicht in einigen blühenden Jahrzehnten verlernt, dass Politik nicht nur immer Fortschreiten, Wohlstandsvermehrung und -verteilung und Erfüllung von unbeschränkten Ansprüchen sein kann. Auch von den Wählern wird man früher oder später wieder erwarten dürfen, dass sie nicht nur Versprechungen honorieren, sondern sich in Krisensituationen auch führen lassen und Massnahmen akzeptieren, die existentielle Probleme lösen können.

Vorläufig deutet nichts darauf hin, dass wir in der Politik tatsächlich auf Krisenmanagement umgeschaltet haben und dieses mittragen. Ganz anders in der Wirtschaft. Die grössten Unternehmen haben, Schlachtschiffen gleich, die Kurskorrekturen frühzeitig vorgenommen und ihre Belegschaften mit grossangelegten Manövern stark gefordert. Substantielle Folgen sind unausweichlich. Und jetzt wird, anders als beim kleinen, innovativen Unternehmen, das sich längst auf den Weltmärkten tummelt, die Globalisierung sichtbar und beängstigend spürbar.

Man wird der Wirtschaft zweifellos ins Stammbuch schreiben dürfen, dass sie bei ihren zwangsläufig überraschenden Operationen oft zu wenig in eine glaubwürdige Kommunikation investiere. Aber man wird der Politik vorwerfen müssen, dass sie sich auf absehbare Entwicklungen schlecht vorbereite und dass sie Krisensituationen nicht als solche identifiziert. In eigenen Verantwortungsbereichen – der Finanz-, der Sozialpolitik etwa – werden Problemberge zulasten kommender Generationen aufgehäuft, die längst zu einschneidenden Massnahmen hätten führen müssen. Das alles trägt zur tristen Stimmungslage bei, das Vertrauen sowohl gegenüber der Wirtschaft wie gegenüber den Behörden und politischen Organisationen hat nachweisbar erheblich gelitten. Verhängnisvollerweise fördert dieses Misstrauen in die Veränderungen ein Festklammern am Status quo, an Besitzständen und Privilegien. Die Vokabeln der Veränderung werden zu Schimpfwörtern, allen voran die Globalisierung.

Es war ein Jahr der Verhärtungen. Niemand hat davon profitiert, viele leiden darunter. Hoffen wir, dass wir eine Jahreswende zum Besseren erleben. ✦

Robert Nef

Wohlfahrtsstaat – der «nackte Kaiser»

Dass die Wohlfahrtsstaaten Europas an der Grenze ihrer Finanzierbarkeit angelangt sind, wird heute – von rechts bis links – kaum mehr ernsthaft bestritten. Uneinigkeit besteht allerdings bei den politischen Rezepten, die für deren Sanierung angeboten werden.

In den meisten westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten gibt es heute – wie in der Schweiz – eine mehr oder weniger formell abgestützte «grosse Koalition», welche die Auffassung vertritt, der umverteilende Wohlfahrtsstaat sei eine zivilisatorische Errungenschaft, welche Bürgertum und Sozialdemokratie gemeinsam entwickelt hätten und die es im Prinzip zu erhalten gelte, weil sie eine positive «soziale Funktion» erfülle und weil sie den innern wie den äussern Frieden gewährleiste. Es sind dieselben grossen Mehrheiten, welche um die prekäre Finanzierungsbasis wissen und gleichzeitig auf keine der gewährleisteten Umverteilungen, Leistungen und Lenkungen verzichten möchten: eine grosse Koalition des Verdrängens und Hinausschiebens, welche das politische Publikum durch allerlei Scheingefechte schlecht und recht unterhält. Alle wollen bei den «andern» ein bisschen sparen und kürzen und bei den «andern» ein bisschen mehr Steuern hereinholen, aber bitte nur so viel, dass es der eigenen Klientel keinesfalls weh tut und dass die Reform «in kleinen Schritten», ohne politische Risiken und ohne grundsätzliche Auseinandersetzungen abläuft. Da kann man als unvoreingenommener Beobachter nur voraussagen, dass dies schiefgehen muss. Das Problem ist zu ernst, als dass man es der derzeitigen politischen Klasse überlassen dürfte, die in erster Linie an die nächsten Wahlen denkt und nicht an die nächsten Generationen. Man wird angesichts dieser Probleme oft unwillkürlich an das *Andersen*-Märchen von des «Kaisers neuen Kleidern» erinnert. Kaum jemand unter den Betroffenen und Beteiligten hat den Mut, die Wahrheit offen auszusprechen, dass nämlich der fast unbegrenzt populäre «Kaiser Wohlfahrtsstaat» sowohl finanziell als auch ethisch-moralisch heute ziemlich nackt dasteht. Er hat nicht nur sein finanzielles Problem, nämlich die Verschuldung zu Lasten der noch nicht Geborenen, er muss sich auch vorwerfen lassen, dass seine sozialen Institutionen die Menschen nicht sozialer gemacht haben, sondern asozialer: ein Teufelskreis! Auch das «soziale Mäntelchen» war eine gefährliche Illusion, nicht nur die zwar versprochene, aber nicht einlösbare dauernde Finanzierbarkeit durch Verschuldung, Umverteilung und Umlage.

Es gibt eine kleine Zahl unermüdlicher Mahner, welche mit Artikeln, Broschüren und Büchern die unpopuläre Rolle übernehmen, aufzuzeigen, dass das wohlfahrtsstaatliche Füllhorn leer ist und dass es lediglich auf Pump wieder aufgefüllt werden kann. *«Stoppt den Staat, er ist zu teuer!»* ruft uns *Hans Letsch,* alt Ständerat des Kantons Aargau und emeritierter Ökonomieprofessor der Universität St. Gallen, zu und kritisiert einmal mehr aus freiheitlicher Sicht unsere Finanz- und Steuerpolitik, indem er mit Beispielen und Diagrammen ihre Probleme veranschaulicht, die man eher als Sackgassen denn als Engpässe charakterisieren muss[1]. Der Titel verweist allerdings zu einseitig auf die finanzielle Dimension. Am Geld allein kann es nicht liegen; denn wenn wohlfahrtstaatliche Institutionen wirklich segensreich, dem Gemeinwohl dienend und dauerhaft praktizierbar wären, so müssten politisch auch Mittel und Wege gefunden werden, sie weiterhin zu finanzieren. Etwas Überzeugendes, Gutes, Solides, kann in einem Land mit dem Wohlstandsniveau der Schweiz gar nicht «zu teuer» sein. Die Kritik am Wohlfahrtsstaat, der Ruf zum Masshalten und die Aufforderung zum «Mut, Nein zu sagen», haben andere, viel fundamentalere Motive als nur die Knappheit öffentlicher Finanzen. Der Wohlfahrtsstaat ist zu teuer, weil er letztlich sowohl die Wohlfahrt als auch den Staat zerstört, weil er asozial ist, indem er die Basis der spontanen Solidarität schrittweise abbaut. *Hans Letsch* verweist darauf, indem er ein Zitat von *Ludwig Erhard* an den Anfang seines Buchs setzt. *«Wir haben offenkundig das Gefühl für das Mögliche verloren und schicken uns an, eine Sozialpolitik zu betreiben, die vielleicht das Gute will, aber mit Gewissheit das Böse – nämlich die Zerstörung einer guten Ordnung – schafft.»* Paradoxerweise werden von den Etatisten die Folgen dieser Zerstörung, die persönliche soziale Enthaftung, das schwindende soziale Verantwortungsbewusstsein und der grassierende egoistische Individualismus nicht etwa dem entmündigenden Staatsapparat angelastet, sondern der Marktwirtschaft und dem Neoliberalismus...

Der berechtigte Ärger über die weit verbreitete Fehldeutung solcher Zusammenhänge macht sich

auch in einer neuen Publikation Luft, welche mit zahlreichen Beispielen und Zitaten fundamentale Mängel des Wohlfahrtsstaats aufdeckt und sie als *«faulen Zauber»* entlarvt[2].

Der Autor, *Roland Baader,* ein deutscher Diplomvolkswirt mit Erfahrung als Unternehmer, ein freiheitsdurstiger Bürger und gebeutelter Steuerzahler, spielt die Rolle des unbefangenen «kleinen Jungen», der keine Hemmungen hat, zuzugeben, dass er des Kaisers angeblich vorhandenen neuen Kleider nicht sieht, und der ausruft: «Der Kaiser ist nackt!» Das

> *Der Wohlfahrtsstaat ist zu teuer, weil er letztlich sowohl die Wohlfahrt als auch den Staat zerstört, weil er asozial ist, indem er die Basis der spontanen Solidarität schrittweise abbaut.*

Buch, das der Verlag als *«Revolution im Kopf»* anpreist, gehört zur Literaturgattung der Pamphlete, eine Gattung, die in den letzten Jahrzehnten eher von der linken Seite gepflegt worden ist. *Baader,* ein Radikal-Liberaler, ein «Libertarian» im amerikanischen Sinn, der sich auf keine politischen Kompromisse einlässt, sieht seine Aufgabe darin, den Sozialstaat als gefährliche Illusion darzustellen. Er tut dies gründlich und mit schlagenden Argumenten, die er auf Erfahrungen und auf Zeugen in der neueren und klassischen Fachliteratur abstützt. In sechs Kapiteln prangert er das *«Denken in falschen Systemen»* an, den *«Mythos Staat»,* die Leerformel von der *«sozialen Gerechtigkeit»,* die Probleme der Demokratie mit selbstbegrenzter Herrschaft und limitierter Regulierung und Umverteilung sowie die Unfähigkeit des Sozialstaats, den sozialen und in kleinen Gruppen solidarischen Menschen zu erhalten und zu fördern. Schliesslich deutet der Autor nach viel zornigem Unmut auch mögliche Auswege «jenseits des Wohlfahrtsstaats» an. Das Buch endet allerdings ohne eigene Illusionen. *«Die Europäer und die Deutschen werden sich damit abfinden müssen, dass ihr sozialdemokratisches ‹Modell› sie erst ins Bodenlose stürzen muss, bevor sich ihnen die Chance für eine Erneuerung ihrer sozioökonomischen Lebensumstände bietet. Doch gerade deshalb müssen die Freunde der Freiheit ihre Aufklärungsarbeit um so unermüdlicher fortsetzen, damit wenigstens in jenen dunkeln Tagen der unausweichlichen Katharsis hinreichend viele Bürger bereit stehen und sich bereit finden, eine radikale Erneuerung der politischen und ökonomischen Ordnung ihrer Länder in die Wege zu leiten und mitzutragen.»* (S. 274). Für eine Leserschaft in der Schweiz ist der Ton des Buches wohl in mancherlei Hinsicht gelegentlich zu gereizt. Oft kämpft der Autor mit dem «Zweihänder» und nicht mit dem Florett. Zu Recht meint er aber: *«Wer sich füttern lässt wie ein Hund, der muss sich auch gewärtig sein, dass er wie ein Hund kommandiert und geschlagen wird.»* (S. 266). Bellen und beissen ist oft besser als wedeln, aber sind wir hierzulande wirklich schon so auf dem Hund, dass wir diesbezüglich kaum noch Alternativen haben? Noch gibt es in unserer halbdirekten Demokratie mit ihren (auch von *Baader* hoch geschätzten) non-zentralen Strukturen gute Gründe, sich als Menschen zu fühlen und Bürger, die sich – frech und frei wie *Baader* – nicht scheuen, kompromisslos und ehrlich auf manchen «faulen Zauber» hinzuweisen, ohne gleich das Kind mit dem Bade ausschütten zu müssen. *«Der Staat, das sind wir alle, aber der Staat darf nicht alles» (Friedrich Naumann),* und vor allem darf er uns nicht als abhängige Klienten auf Pump der nächsten Generation zu Süchtigen nach umfassenden Wohlfahrtsangeboten machen. *Roland Baaders* Buch eignet sich als wohlfahrtsstaatliche Suchtprophylaxe und als Begleitlektüre zur dringend notwendigen, aber gänzlich unpopulären sozialstaatlichen Entwöhnungskur. Der Autor steht in der Tradition der radikalen amerikanischen Staatskritiker und ist ein würdiger Nachfolger von *Albert Jay Nock,* dessen Buch «Our Enemy the State» (1935) noch heute eine Lieblingslektüre jedes grundsätzlichen Staatsskeptikers ist. Wer aber eine funktionsfähige Gemeinschaft «jenseits des Wohlfahrtsstaats» gründen will, braucht nicht nur den Schützen Tell, der uns von Tyrannen und Schmarotzern befreit, sondern auch die Eidgenossen, welche zusammenkommen und vereinbaren, wie gemeinsame Probleme gemeinsam beweglich zu lösen *und* zu finanzieren sind.

[1] Hans Letsch, Stoppt den Staat, er ist zu teuer!, Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft, Zürichsee Druckereien, Stäfa 1996.
[2] Roland Baader, Fauler Zauber, Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Resch Verlag, Gräfelfing 1997.

Adriano Lucatelli/Fritz Stahel*

EWU via Free Banking – Ist das die Lösung?

Vielerorts wird befürchtet, dass der Euro eher schwach und instabil sein wird. Der Stabilitätsmechanismus sei nicht stark genug, um die Teilnehmer zu zügeln. Dies wirft die Frage auf, ob deshalb die Europäische Währungsunion nicht besser durch den Übergang zum Free Banking eingeführt werden sollte, statt – wie im Maastrichter Vertrag vorgesehen – durch offizielle Edikte und die Implementierung einer ausgeklügelten Rechtsstruktur.

Der Begriff des *Free Banking* geht ins achtzehnte Jahrhundert zurück, als in Kanada, Schottland und den Vereinigten Staaten Privatbanken anstelle der Notenbanken Geld drucken liessen. Diese Anbieter standen zwar untereinander in Konkurrenz, waren jedoch in einen staatsrechtlichen Rahmen eingebunden. So hat sich zum Beispiel die Geldversorgung in den USA bis 1850 fast ausschliesslich ohne Beteilung der Bundesregierung abgespielt. Erst der Bürgerkrieg brachte eine Monopollösung, obwohl das private System nicht aus Mangel an Effizienz und Transparenz aufgegeben wurde, sondern aus politischen Gründen.

Tatsächlich lässt sich nicht eindeutig beweisen, wieso das *Free Banking* für die Wirtschaft schädlich sein soll. Die Kritiker des *Free Banking* weisen jedenfalls darauf hin, dass der private Wettbewerb nicht das optimale Organisationsprinzip zur Versorgung von Geld sei. Vielmehr sei Geld ein öffentliches Gut und müsse deswegen von einer Zentralbank als Monopolistin bereitgestellt werden. Diese Aussage gilt jedoch nur, wenn Geld als Bargeld definiert wird. In der heutigen Welt, in welcher Sichtguthaben über ausgeklügelte Zahlungsverkehrssysteme ausgetauscht werden können, darf das Argument der suboptimalen Allokationsresultate nicht mehr länger genügen. Es ist irrelevant, in welcher Währung die Akteure ihre Sichtguthaben halten, solange sie dieselben Verbuchungs- oder Kommunikationsnetze benutzen. Somit wird das Geld ein privates Gut, die Vernetzungssysteme jedoch öffentliche Güter. Wie das Beispiel des privaten transeuropäischen Zahlungsverkehrssystems der «ECU Banking Association» (EBA) jedoch zeigt, braucht es nicht einmal für Zahlungen in Euro unbedingt eine öffentlich-rechtliche Lösung. Den Wettbewerb unter den privaten Anbietern zu verbieten, ist somit nicht statthaft.

Ein zweites Argument gegen das *Free Banking* ist *Gresham's Gesetz,* welches besagt, dass schlechtes Geld gutes Geld aus dem Markt dränge *(«bad money drives out good»).* Aus diesem Grunde befürchten die Gegner, dass nur Gelder mit der höchsten Inflationsrate zirkulieren werden. Dies sei der Fall, weil die Schuldner zur Begleichung ihrer Schulden immer nur auf das minderwertige Zahlungsmittel zurückgreifen. Um dies zu verhindern, bräuchte es eine Notenbank mit dem Münzregal. Dass an dieser Geschichte ein Körnchen Wahrheit ist, scheint offensichtlich. Trotzdem muss der Wettbewerb unter privaten Anbietern nicht unmittelbar zum *Gresham'schen Gesetz* führen. Schlechtes Geld ist nämlich für die Wirtschaftsentwicklung hinderlich und erschwert den Zahlungsverkehr nachhaltig.

Das *Free Banking* führt also weder a priori zu hoher Inflation noch zu Marktversagen. Aus diesem Grund drängt sich dieses Konzept geradezu für die EWU auf. Das Plädoyer für das *Free Banking* beschränkt sich nämlich nicht nur auf das inländische Geld, sondern kann ebenfalls bei der internationalen Währungsordnung (oder europäischen Währungsordnung) zur Anwendung kommen. Gerade bei der EWU könnte man eine Parallel-Währung einführen, die für Geldwertstabilität sorgen würde.

Wer würde das Konkurrenzgeld bereitstellen? Die grössten Banken in Europa könnten sich zusammenschliessen und eine gemeinsame Währung herausgeben, mit welcher dann im ganzen EWU-Raum Schulden beglichen werden könnten. Das einzige Problem wäre der Zahlungsverkehr für die Parallelwährung. Man könnte dieses jedoch beheben, indem man eine zusätzliche *Pipeline* in den jeweiligen nationalen Zahlungssystemen einbauen würde.

Laut Maastrichter Vertrag soll aber nicht der Wettbewerb für die Preisstabilität in der EWU garantieren, sondern ein ausgeklügelter Institutionenrahmen. So bestimmt und entscheidet alleine die Europäische Zentralbank (EZB) über die geldpolitischen Ziele und Instrumente. Die EZB handelt völlig unabhängig von den politischen Instanzen, und es ist ihr strikte untersagt, Kredite für öffentliche Instanzen zu sprechen. Schliesslich soll die EZB keine Wirtschaftspolitik betreiben, es sei denn, die Preisstabilität ist

gewährleistet. In diesem Sinn ist die EZB ein Ebenbild der jetzigen Bundesbank in Deutschland.

Die Geldpolitik der EZB kann jedoch nicht alleine für Stabilität sorgen. Die Fiskalpolitik muss ebenfalls ins Stabilitätsgerüst eingeflochten werden. Tatsächlich bleiben die EU-Mitglieder relativ autonom in der Ausgestaltung ihrer fiskalpolitischen Strategien. Deshalb wurde auch der Maastrichter Vertrag durch den sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakt ergänzt. Der von deutscher Seite lancierte Pakt soll sicherstellen, dass die EU-Staaten auch in Zukunft eine stabile Finanzpolitik betreiben.

Parallel-Währung versus Euro

Es wurden jedoch immer wieder Bedenken geäussert, dass sich diese rechtlichen Massnahmen nicht durchsetzen lassen, was natürlich die Frage aufwirft, ob eine Wettbewerbslösung eher geeignet wäre. Tatsächlich ist der Wettbewerb ein legitimes Mittel, um eine preisstabilitätsorientierte EWU zu erreichen. Durch die Einführung einer Parallel-Währung auf privater Basis könnte man die Europäische Zentralbank zwingen, ihr Preisstabilitäts-Mandat ernst zu nehmen. Zwar besteht die Gefahr, dass auch private Anbieter versucht sind, ihre Schulden via Notenpresse zu begleichen (indem sie die «Seignorage», d.h. den Münzgewinn, der bei der Geldherstellung abfällt, für sich beanspruchen), doch in einer Wettbewerbssituation sind alle Anbieter an der Werterhaltung ihrer Währungen interessiert. Sobald die Kunden merken, dass ein Anbieter versucht, zuviel «Seignorage» für sich einzunehmen, indem er den Wert seiner Währung weginflationiert, werden sie sich früher oder später abwenden und eine neue Währung als Zahlungsmittel wählen.

Damit die kompetitive Geldherstellung jedoch funktionieren kann, müssen die Produzenten durch ihre Markennamen unterscheidbar sein. So können die Konsumenten genügend Informationen über die Qualität der einzelnen Produzenten sammeln, um sich gegen einen Ausfall abzusichern. Dadurch bekommen die verschiedenen Gelder unterschiedliche Werte relativ zueinander, was verhindert, dass eine allzu expansive Geldversorgung stattfindet. Zwar mag eine expansive Strategie kurzfristig profitabel sein, langfristig dürfte sie aber zu einer Disinvestition des Markennamens führen.

Neben der Markendifferenzierung sorgt auch die Clearing-Stelle für stabile Inflationszahlen. Unter einem Clearing-Mechanismus würde eine Bank, welche ihre «Geldmenge» im Vergleich zu den anderen Marktteilnehmern überproportional ausweiten würde, eine Verkleinerung ihrer Reserven erfahren. Die Bank müsste zu einer restriktiven Politik übergehen, da die Salden in der Clearing-Stelle gegen sie laufen würden.

Eine private «Kunstwährung» könnte somit einigen Wind aus den Segeln der EWU-Kritiker nehmen. Einerseits würde sie den Stabilitätspakt ergänzen, indem sie verhindert, dass die EWU-Mitglieder fiskalpolitisch über die Stränge hauen. Anderseits könnten alle EU-Mitglieder von Beginn weg dabei sein, da die Ausweichsmöglichkeit über die Kunstwährung die Ängste vor einer grossen EWU wegnehmen könnte. Eine Grundvoraussetzung für dieses System ist jedoch ein zentrales Zahlungsverkehrssystem, welches sowohl für den Euro, als auch für die Parallelwährung gemacht wäre.

Durch die Einführung einer Parallel-Währung auf privater Basis könnte man die Europäische Zentralbank zwingen, ihr Preisstabilitäts-Mandat ernst zu nehmen.

Bereits im Mai 1998 fällt der Entscheid über die Teilnehmer der EWU, womit eine der letzten Meilensteine gelegt wird. Noch ist es aber nicht zu spät, mit der Idee einer Parallel-Währung die Stabilitätsdebatte neu zu beleben. Wenige Kritiker sind wirklich gegen eine gemeinsame Währung. Die meisten sehen ein, dass der gemeinsame Markt durch den Euro auf ideale Weise ergänzt würde. Was die Kritiker jedoch beunruhigt, ist der – für sie – recht lose institutionelle Rahmen. Er sei nicht stark genug, um den Wert des Euro stabil halten zu können. Durch den äusseren Druck einer Kunstwährung, die von privater Seite lanciert würde, liessen sich die Gefahren jedoch enorm minimieren. ✦

** Die Autoren sind Ökonomen der Credit Suisse Group in Zürich. Die Stellungnahmen spiegeln die Meinungen der Autoren und decken sich nicht notwendigerweise mit den Ansichten der Credit Suisse Group.*

Adriano Lucatelli, geboren 1966, studierte Wirtschaft und Politik an der London School of Economics und an den Universitäten Nevada (USA) und Zürich. Er arbeitet als Senior Economist bei der Credit Suisse Zürich, ausserdem leitet er die EWU-Projektgruppe, welche die interne Umstellung der Bank auf den Euro koordiniert. Neben diversen Publikationen veröffentlichte er den Band «Finance and World Order: Financial Fragility, Systemic Risks and Transnational Regimes» (1997).

Fritz Stahel, Jahrgang 1952, ist Mitglied der Direktion im Economic Research der Credit Suisse in Zürich. Er leitet ein Team, das Fragen der europäischen Integration (inkl. EWU) sowie die längerfristigen Trends im schweizerischen und internationalen Finanzsektor analysiert. Vorher arbeitete er im Bereich Konjunkturanalyse, Finanzmarktprognosen und Anlagepolitik. Ursprünglich absolvierte er in St. Gallen eine Banklehre, studierte an der HSG Volkswirtschaft und war am dortigen Institut für Agrarökonomie und Agrarrecht als Assistent tätig.

Michael Wirth

Die Beschwörung des Intakten

Zoë Jennys Roman «Das Blütenstaubzimmer» und der Umgang der Kritik mit dem Glück

Freie Liebe, politische Utopien und eine schrankenlose Intellektualisierung der Weltsicht haben vor dreissig Jahren jene Egomanen geschaffen, die heute der Sehnsucht ihrer Kinder nach Wärme die kalte Schulter zeigen. In diesem Herbst hat Zoë Jennys Abrechnung mit den Lebenslügen der 68er Eltern ihrem Roman «Das Blütenstaubzimmer»[1] bereits vier renommierte Preise eingebracht. Die Jugend schlägt zurück – ein publikumswirksames Thema, für das die zunehmende Kritik an der linken Emanzipationskultur in den letzten Jahren den Boden bereitete. *«Etwas, was Schönheit hat, etwas Ganzes ist»,* habe sie schreiben wollen, liess *Zoë Jenny* einmal in einem Interview verlauten. *«Anders als diese Welt, in der ja alles so zerfetzt ist.»* Ähnlich kommentierte die 21jährige Südtiroler Autorin *Bettina Galvagni,* die wie *Zoë Jenny* einen der im diesjährigen *Ingeborg Bachmann*-Wettbewerb vergebenen Preise erhielt, ihr Erfolgsbuch «Melancholia»[2], das sie mit siebzehn schrieb: *«Ich bin von dem Vergangenen angezogen. Im Neuen wird alles hässlich, was einmal schön war. Sie machen alles kaputt, überall auf der Welt ...»* Könnte der Zeitgeist eloquenter auf den Punkt gebracht werden? Kein Wunder, dass von *Galvagnis* und *Jennys* Büchern heute jene hohen Auflagenzahlen erwartet werden, welche die angelsächsische Literatur etwa für deutschsprachige Verleger immer schon wirtschaftlich interessant machte. Noch vor wenigen Jahren wäre es kaum denkbar gewesen, so radikal, wie *Zoë Jenny* dies im Schatten ihrer Provokation der 68er tut, das Lebensglück in der Intaktheit der Familie zu beschwören. Restaurative Tendenzen wurden von der Kritik gnadenlos ausgepfiffen. Man erinnere sich an die Debatte um *Peter Handkes* «Mein Jahr in der Niemandsbucht»[3] und, schon länger her, seine «Langsame Heimkehr»[4]. Die einen denunzierten *Handkes* hohen Ton als Preisgabe des Emanzipationsanspruches marxistischer Prägung, den einzulösen die Literatur der siebziger und achtziger Jahre angetreten war. Andere glaubten, bei *Handke* die Intention zu erkennen, gleichsam im Sinne einer «Publikumsbeschimpfung» eine Feuilleton-Kritik zu kritisieren, welche sich darauf beschränkt, einem überkommenen Aufklärungsparadigma zu huldigen, dem die Reflexion individuellen Glücks suspekt ist.

Handkes Vorstellung von Glück haftet Singuläres an. Das Glück stellte sich zuletzt im Erinnerungswert ein, den er dem Literarischen abzugewinnen wusste, genauer, in der Rekonstruktion jenes unsichtbaren Buches, das im sichtbaren[5] mitspielt. Einem grösseren Publikum vermag die Feuilleton-Kritik das kaum zu vermitteln. Ihre Unzufriedenheit darüber liess sie den Autor denn auch spüren. Anders der Umgang mit der Erinnerung in *Jennys* Roman. Sie liegt auf dem Leben von Jo, *Jennys* Protagonistin, wie eine bleischwere Hypothek, gleichsam als Verhinderer des Glücks. Das Drama ihrer persönlichen Geschichte verfälscht alle Lebensbezüge der jungen Frau, macht sie ebenso kritiklos gegenüber der Unerbittlichkeit ihrer Freundin Rea, die sich weigert, ihre kranke Mutter zu besuchen, wie unerbittlich gegenüber ihrem kritiklosen Vater, der am Ende eine zweite Familie gründet und verstanden zu haben glaubt, was in seinem Leben falsch lief. Das Bewusstsein, das Jo von ihrer Wirklichkeit hat, befindet sich im Widerspruch zum Ideal, das sie von ihr hegt – ein Widerspruch, hinter dem die Frage durchscheint: Wie kann der einzelne in der Welt sein, wenn diese Welt in permanentem Konflikt mit seiner Sensibilität steht? Seitdem diese Frage sich ihrer politischen Dimension entledigt hat, und ihre Kraft aus dem restaurierten Primat des Privaten bezieht, geht von ihr – auch und gerade für die Feuilleton-Kritik – eine neue Faszination aus. Denn sie lotet aus, was die Kritik braucht, um ihrerseits Publikum zu haben: die Darstellung objektivierbarer Erfahrungen in der Literatur. Dass im «Blütenstaubzimmer» Jo's Jagd nach dem privaten Glück letztlich erfolglos bleibt, tut dessen Vermittelbarkeit als Vision keinen Abbruch. ✦

[1] Zoë Jenny, Das Blütenstaubzimmer, Frankfurter Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1997.
[2] Bettina Galvagni, Melancholia, Residenz Verlag, Salzburg 1995.
[3] Peter Handke, Mein Jahr in der Niemandsbucht, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1995.
[4] Peter Handke, Langsame Heimkehr, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1979.
[5] Peter Handke, In einer dunklen Nacht ging ich aus meinem stillen Haus, Suhrkamp Verlag 1997.